

Verbindungen  
zwischen Linksautonomen  
und der Partei DIE LINKE

# Auf dem Weg zur gezielten Gewalt?

Udo Baron

Es ist Freitagnacht, kurz nach 23.00 Uhr, als Hilfeschreie durch das Hamburger Schanzenviertel gellen. Ein Mensch scheint in höchster Not zu sein. Eine Polizeikommissarin des dortigen Polizeikommissariats 16 schaut auf die Straße und entdeckt einen Mann, der gerade den Ausgang des Polizeireviers mit einem Fahrradschloss blockieren will. Plötzlich tauchen aus der Dunkelheit zehn Vermummte auf und erwarten sie kampfbereit auf der Straße. Ein Steinhagel geht auf die Polizistin nieder, Fensterscheiben klirren, Molotowcocktails setzen einen Streifenwagen in Brand. Im letzten Moment kann ein Polizist verhindern, dass durch ein Rolltor eine brennende Mülltonne ins Revier geschoben wird. Wenig später trifft Verstärkung ein. Erst jetzt ziehen sich die Angreifer zurück. Es habe sich um „bisher nie dagewesene Gewalt gegen Menschen gehandelt“, so der Hamburger Polizeipräsident Werner Jantosch am Tag danach.

Der Vorfall in Hamburg steht exemplarisch für die zunehmende Gewaltbereitschaft von Linksautonomen. Seit Monaten brennen beinahe täglich Fahrzeuge, auch Brandanschläge auf öffentliche Einrichtungen wie Jobcenter sind keine Seltenheit mehr. Betroffen sind vor allem Luxuslimousinen, Firmen- und Militärfahrzeuge in Berlin und Hamburg. Bis zum 16. Dezember 2009 sind allein in Berlin 290 Autos bei 215 Brandstiftungen überwiegend den „Nobelkarossentod“ gestorben, mehr als 150 waren es in Hamburg, allein 27 im vergleichsweise kleinen

Göttingen. Auch sind immer mehr Menschen, insbesondere Polizisten als Repräsentanten des verhassten „Schweinesystems“, von linksextremistischer Gewalt betroffen. Verantwortlich für diese Entwicklung sind gewaltbereite Autonome. Wer aber sind diese Linksautonomen? Woher kommen sie? Was wollen sie? Welchen Gewaltbegriff haben sie? Wer sind ihre Bündnispartner?

## Linksautonome

Die Wurzeln der autonomen Bewegung gehen auf die zerfallende Protestbewegung Ende der 1960er-Jahre zurück. Aus dieser Zeit stammt auch ihre Selbstbezeichnung. Sie steht für Eigenständigkeit und bezieht sich historisch auf die Erfahrungen der italienischen militanten Arbeiter- und Studentenbewegung *Autonomia Operaia*. Diese wandte sich gezielt gegen die etablierten Gewerkschaften und die Kommunistische Partei, denen sie Anpassung und Verbürgerlichung vorwarf. Gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sabotageakte in Fabriken prägten die Aktivitäten dieser militanten „Arbeiterautonomie“.

Seit Anfang der 1980er-Jahre gelten die Autonomen als eine eigenständige Subkultur. Die meisten heutigen Autonomen stammen aus undogmatischen Gruppierungen, weniger aus den sogenannten K-Gruppen als vielmehr aus der Hausbesetzerszene und der Anti-AKW-Bewegung. Die meisten von ihnen haben eine politische Vorgeschichte bei den Spontis,

Stadtindianern oder Anarchisten. Sie haben in Universitäts- oder Schülergruppen, in Dritte-Welt- oder sonstigen Initiativen mitgewirkt.

Autonome verfügen über keine einheitliche Weltanschauung. Sie orientieren sich an anarchistischen und kommunistischen Ideologieelementen und wenden sich gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lehnen sie ebenso ab wie den Staat und seine Institutionen. Alle Widerstandsformen gegen das bestehende System bis hin zum Einsatz von Gewalt halten sie für legitim. Sie organisieren sich überwiegend über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte beziehungsweise projekt-, aktions- oder themenbezogene Zusammenhänge zustande gekommen sind.

### Innere Konflikte

Den Untergang des real existierenden Sozialismus 1989/90 hat die linksautonome Bewegung zwar relativ unbeschadet überstanden. Mittlerweile geht jedoch ein Riss durch die Szene und spaltet sie in sogenannte „Antideutsche“ beziehungsweise „Antinationale“ und „Antiimperialisten“. Die Wurzeln dieses Konflikts lassen sich bis zum Mauerfall zurückführen. Vor zwanzig Jahren haben sich autonome Antifas, Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB), ehemalige Grüne und Redaktionsmitglieder der Zeitung *Arbeiterkampf* und der Monatszeitschrift *Konkret* um ihren Herausgeber Hermann L. Gremliza zur „Radikalen Linken“ zusammengeschlossen. Sie befürchteten ein „IV. Reich“, weshalb sie sich die Bekämpfung eines vermeintlich neuen deutschen Nationalismus zum Ziel gesetzt hatten. Die „Antideutschen“ lehnten unter der Parole „Nie wieder Deutschland“ die deutsche Einheit vehement ab, forderten die Auflösung des deutschen Staates und seines Volkes und ihr Aufgehen in einer multikulturellen Gesellschaft.

Mit dem Beginn des zweiten Golfkrieges Anfang 1991 kam es zu ersten Zerwürfnissen innerhalb der autonomen Szene über die Haltung zum Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA. Den Hintergrund bildete die Gleichgültigkeit linksextremistischer Demonstranten gegenüber den irakischen Luftangriffen auf Israel. *Konkret* und Teile des KB befürworteten nunmehr militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak aus einer proisraelischen Position heraus. Verschärft wurde dieser Konflikt mit Beginn der zweiten Intifada im Nahen Osten im Jahre 2000 und der dadurch ausgelösten Debatte über Antizionismus beziehungsweise Antisemitismus im linken Lager. Aus ihrer Solidarität mit den Opfern des Nationalsozialismus und ihrer Ablehnung eines fundamentalistischen Islamismus resultierte bei den „Antideutschen“ eine uneingeschränkte Solidarität mit dem Staat Israel, die jegliche Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch abqualifizierte. Unter dem Eindruck des Afghanistan- und dritten Golfkrieges befürworteten „Antideutsche“ militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak und lehnten den herkömmlichen „Antiimperialismus“ der autonomen Szene aufgrund seiner antizionistischen beziehungsweise antisemitischen Ausrichtung ab. Der endgültige Bruch mit der übrigen Linken schien unausweichlich.

Die „Antiimperialisten“ dagegen solidarisieren sich mit den „antiimperialistischen Befreiungsbewegungen“, die ein sozialistisches Regime in ihren jeweiligen Ländern anstreben. Ihre Solidarität gilt im Nahostkonflikt dem „Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Unterdrückung“. In Israel und den USA sehen sie die Aggressoren im Nahen Osten, deren Politik sie als imperialistisch und deshalb verbrecherisch bezeichnen.

Zentrales Agitationsfeld aller Linksautonomen ist der Antifaschismus. Dem linksextremistischen Verständnis nach ist der Faschismus dem Kapitalismus immanent. Faschismus kann deshalb nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn auch seine Ursache, der Kapitalismus, beseitigt wird. Konsequenter Antifaschismus heißt für Linksautonome daher immer zuallererst, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu überwinden.

### Linksextremistische Gewalt

Die Gewaltfrage ist innerhalb des Linksextremismus virulent. Linksextremisten unterscheiden, grob verallgemeinert, zwischen der als illegitim empfundenen „Gewalt des herrschenden Systems“ und der als legitim betrachteten „Gegengewalt“ vermeintlich unterdrückter Minderheiten. In Anlehnung an den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse, den Vordenker der Entkolonialisierung Frantz Fanon und den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt die Ursache von Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Sie üben eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werten, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ (Galtung) auf ihre Bürger aus, die diese daran hindert, sich ihren Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten. Da diese „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten Linksextremisten daraus mit Marcuse ein Naturrecht „unterdrückter“ Minderheiten auf Widerstand ab. Fanon und Marcuse prägten dafür das Prinzip „Gegengewalt“. „Gegengewalt“ versteht sich dabei ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

Gegenwärtig zeichnen sich vor allem Autonome durch ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft aus. Gewalt dient ihnen auf dem Weg zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht nur als Mittel zum Zweck, sie ist auch Ausdruck eines Lebensgefühls. „Gegengewalt“ wird als individuelle Selbstbefreiung von anerzogenen und verinnerlichten Herrschaftsstrukturen empfunden. Sie dient der Stärkung des Gruppenzusammenhalts innerhalb der autonomen Szene und wird dadurch zum Identitätsmerkmal. Gewalt befriedigt die Abenteuerlust ebenso wie den Drang nach öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit. Zugleich soll mit Gewalt der Preis, den das „System“ für bestimmte politische Entscheidungen, zum Beispiel für den Bau von Atomkraftwerken, zu zahlen hat, gezielt hochgetrieben werden. Gewalt gehört somit zu den tragenden Säulen autonomen Selbstverständnisses und bedarf keiner gesonderten Legitimation.

Verstand sich „Gegengewalt“ vor allem nach dem Ende des Terrors der Roten-Armee-Fraktion (RAF) und ähnlicher Terrorgruppen weitgehend als Gewalt gegen Sachen, so veränderte sich 2001 mit dem Auftreten der Berliner „militanten gruppe“ (mg) die Diskussion über die Gewaltfrage im Linksextremismus erneut. Diese vornehmlich in Berlin und Brandenburg aktive linksextremistische militante Untergrundorganisation, deren führende Mitglieder im Herbst 2009 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, betrachtete Anschläge mit der Gefährdung von Menschen als legitimen Bestandteil ihres „revolutionären Kampfes“. Über die linksradikale Zeitschrift *Interim* stieß sie eine bis in die Gegenwart andauernde „Militanzdebatte“ an. Kern dieser Debatte ist die Frage, inwieweit gezielte Gewalt auch gegen Menschen ein legitimes Mittel des politischen Kampfes sein kann.

Die erhöhte Gewaltbereitschaft der Linksautonomen spiegelt sich auch in

den vom Bundeskriminalamt herausgegebenen Fallzahlen für die politisch motivierte Kriminalität von links wider. Die Zahl aller Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund ist laut Bundeskriminalamt in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 um 38,9 Prozent gestiegen, die politisch motivierten Gewalttaten haben sogar um 49,4 Prozent zugenommen, wobei vor allem Berlin und Hamburg von dieser Entwicklung betroffen sind.

Die höchsten Zuwachsraten gab es bei den im Zusammenhang mit Demonstrationen begangenen Straf- und Gewalttaten. Vor allem bei den sogenannten Konfrontationen zwischen gewaltbereiten Rechts- und Linksextremisten agieren Autonome – einheitlich schwarz gekleidet und ver mummt – aus ihrem „Schwarzen Block“ heraus gegen Rechtsextremisten, aber auch gegen Polizisten und sonstige Repräsentanten des ihnen verhassten demokratischen Systems. So ist es auch nicht verwunderlich, dass insbesondere Polizisten zunehmend zu den Opfern linksextremistischer Gewalt zählen. Allein in dieser Personengruppe wurden bis Mitte November 2009 315 Körperverletzungen und drei Tötungsversuche gegenüber 212 Körperverletzungen und keinem Tötungsdelikt in 2008 registriert.

### **Autonome und die Partei DIE LINKE**

Das Verhältnis der Partei DIE LINKE zum parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland wird weniger von innerer Akzeptanz als von taktischen Überlegungen bestimmt. Aus diesem Grunde ist die außerparlamentarische Arbeit für sie von entscheidender Bedeutung. Um außerparlamentarische Organisationen an sich zu binden und sie für ihre Interessen zu instrumentalisieren, setzt die DIE LINKE auf eine Strategie der revolutionären Marxisten mit langer Tradition: die Bündnis- und Kampagnenpolitik. Sie schließt auf Bundes- wie auf Landesebene

auch die Zusammenarbeit mit offen extremistisch auftretenden außerparlamentarischen Organisationen nicht aus.

Die Tatsache, dass die linksextremistische Gewalt zugenommen hat, bedeutet nicht, dass die Partei DIE LINKE dafür unmittelbar verantwortlich ist. Zu denken geben allerdings die Kontakte und Kooperationen zwischen einzelnen Vertretern der Partei DIE LINKE und gewaltbereiten Autonomen, die auf vielfältige Art und Weise erfolgen. Einzelne Gruppierungen und einzelne Mitglieder der Linkspartei haben ihre Websites mit diversen autonomen Gruppierungen aus dem Antifa-Bereich verlinkt und geben gemeinsame Aufrufe und Publikationen heraus. Mitglieder der Linkspartei melden Demonstrationen für das autonome Spektrum an und treten dort als Redner auf. Zugleich solidarisieren sie sich mit gewaltbereiten Autonomen und verharmlosen sie. Eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Funktionsträgern der Partei DIE LINKE und Linksautonomen ist vor allem in Berlin und Niedersachsen zu beobachten.

In Berlin ist es insbesondere das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Evrim Baba, das die Kontakte zu den Linksautonomen pflegt. Babas Website ist ebenso wie die der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke mit zahlreichen extremistischen autonomen und Antifa-Gruppierungen verlinkt. Gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten ihrer Partei Inge Höger und Sevim Dagdelen sowie – der Landtagsabgeordneten von Mecklenburg-Vorpommern Barbara Borchardt unterzeichnete sie eine Solidaritätserklärung für die drei zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Angeklagten im Berliner Verfahren gegen die „militante gruppe“ (mg), in der unter anderem die „Zerstörung von Bundeswehrfahrzeugen als konkrete Abrüstungsinitiative“ gerechtfertigt wird. Ferner fungiert sie als Anmelder von Demonstrationen mit überwiegender Beteili-

gung von Autonomen. So meldete sie im November 2008 und 2009 die Demonstration zum Gedenken an den verstorbenen Autonomem Silvio Meier in Berlin an, an der traditionell viele gewaltbereite Autonome teilnehmen. In einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* lehnte sie auch im Nachhinein jegliche Distanzierung von der autonomen Antifa ab. Ihr Parteifreund, der Lichtenberger Bezirksverordnete der Linken Kirill Jermak, meldete die Revolutionäre 1.-Mai-Demonstration in Berlin 2009 an, bei der es zu umfangreichen gewaltsamen Ausschreitungen kam.

In Niedersachsen ist hier vor allem der Landtagsabgeordnete Patrick Humke-Focks zu nennen. Er wirkt als Bindeglied zwischen seiner Partei und der autonomen Szene in Niedersachsen. So meldete er Ende 2008 für die Göttinger Antifaschistische Linke International (A.L.I.) eine Demonstration unter dem Titel „Für eine starke antifaschistische Kultur – Gegen rechte Zentren und Naziläden vorgehen!“ in Göttingen an. Zuvor hatte er am 30. September 2008 eine Demonstration des autonomen Göttinger Spektrums gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, auf der er auch als Redner auftrat, organisiert. Im November 2009 trat er erneut als Anmelder einer Demonstration mit anschließender Mahnwache für die zwanzig Jahre zuvor am Rande einer Demonstration durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommene Conny Wessmann in Erscheinung. Seine Rolle und Funktion für das linksautonome Spektrum bestätigte er ausdrücklich durch Zuruf in der Debatte vom 9. Mai 2008 im Niedersächsischen Landtag.

Neben Humke-Focks ist bislang vor allem die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Dorothee Menzner in diesem Zusammenhang in Erscheinung getreten. Sie meldete am 19. Januar eine Demonstration in Bad Lauterberg an, an der zahlreiche gewaltbereite Autonome

teilnahmen. Kontrollen der Polizei förderten bei ihnen neben Vermummungsgegenständen auch als Waffen einsetzbare Gegenstände wie Baseballschläger, Schlagstöcke und Pyrotechnik zutage.

Wie eng Teile der Partei DIE LINKE in Niedersachsen mit der autonomen Szene verbunden sind, verdeutlicht zudem ein Blick ins Internet. So führt ein Link auf der Website des niedersächsischen Landesverbandes der Linksjugend „[solid’]“ direkt auf die Website [www.antifa.de](http://www.antifa.de) und von dort weiter zu diversen linksautonomen Gruppierungen, unter anderem auf die Homepage der im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht als linksextremistisch eingestuften Antifaschistischen Linken International aus Göttingen. Ähnlich verhält es sich bei dem ehemaligen Bundesvorsitzenden von „[solid’]“ und heutigen niedersächsischen Landtagsabgeordneten der Linkspartei Victor Perli. Von seiner Website führt ein Link zur Jugend-Antifa Wolfenbüttel und von dort zu linksextremistischen Gruppierungen wie dem Antifacafé Braunschweig.

Neben einzelnen Funktionsträgern der Partei DIE LINKE sind es auch mit der Partei eng verbundene Organisationen, die mit den Linksautonomen zusammenarbeiten. Ihr Studentenverband DIE LINKE.SDS hat beispielsweise im Januar 2009 gemeinsam mit der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) eine Broschüre unter dem Titel *Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung* herausgebracht, in der der Spartakusaufstand gegen die Weimarer Republik glorifiziert wird.

## Geistige Brandstiftung

Darüber hinaus wirken einzelne Mitglieder der Partei DIE LINKE als „geistige Brandstifter“, indem sie autonome Gewalt rechtfertigen und schüren. So antwortete der frühere Bundestagsabgeordnete der PDS und heutige Vorsitzende der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Anti-



faschisten“ (VVN-BdA) Heinrich Fink auf die Frage der *Jungen Welt* nach seiner Einschätzung der autonomen Gewalt: „Ich glaube, dass aktuell vor allem mehr junge Menschen gegen die Kriegspolitik Deutschlands und die Aufmärsche von Neofaschisten kämpfen. Vielleicht nicht immer mit Mitteln, die ich selbst anwenden würde, die aber durchaus berechtigt sind.“ Der außenpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag Wolfgang Gehrcke kündigte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2009 in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* an: „Ich will im Wahlkampf für soziale Unruhen kämpfen. Nur dann wird sich in diesem Land etwas ändern und die Friedhofsstimmung aufhören.“ Sein nordrhein-westfälischer Parteifreund und Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko sekundierte ihm via Pressemitteilung: „Soziale Unruhen sind notwendig und wünschenswert.“

Dass die Kontakte der Partei DIE LINKE zu den Autonomen keine Einbahnstraße sind, wird auch von autonomer Seite betont. So hob der Sprecher der ALB in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* die vielfältigen „organisatorischen und personellen Überschneidungen mit der Linkspartei“ hervor. Zugleich betonte er die Gemeinsamkeiten zwischen Autonomen und „Schreibtischaktivisten der Linkspartei, Friedensbewegten, christlichen Befreiungstheologen bis hin zu Menschen, die konkrete Abrüstung betreiben, indem sie Bundeswehrfahrzeuge anzünden“, in der Ablehnung jeglicher „imperialistischen Kriege“ und der bestehenden Ordnung.

### Auf dem Weg zu einem neuen Terrorismus?

Dass die jüngsten Ereignisse von Hamburg keine Ausnahme bilden, verdeutlichen die Anschläge vom 22. Januar 2010 auf die Ausländerabteilung der Göttinger Kreisverwaltung, bei denen ein Mitarbei-

ter verletzt wurde, und die an den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch von einer „Bewegung Morgenlicht“ übersandte Bombenatrappe, verbunden mit der Androhung einer scharfen Bombe, sofern er seine umstrittenen Äußerungen über eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger erneuern sollte. Auch wenn nicht sofort von einem neuen Terrorismus gesprochen werden sollte, so zeichnet sich doch mittlerweile ein Trend innerhalb des linksextremistischen Spektrums ab, der die Gefährdung von Menschen zumindest billigend in Kauf nimmt. Der Weg zur gezielten Gewalt gegen Menschen ist so möglicherweise nur noch ein kurzer.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen muss die Partei DIE LINKE dringend ihr Verhältnis zu den gewaltbereiten Autonomen klären. Vor allem die zunehmende Zusammenarbeit zwischen einigen ihrer Funktionsträger und Linksautonomen nährt den Verdacht, dass möglicherweise Teile dieser Partei bereit sind, für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele auch mit gewaltbereiten Kreisen zu kooperieren. Sie werden dadurch nicht nur mitverantwortlich für Straftaten, sondern tragen auch dazu bei, dass die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung in der Gesellschaft weiter sinkt und Gewalt wieder als ein Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme salonfähig wird. Da sich der Parteivorstand der Linkspartei bislang nicht eindeutig und unmissverständlich von der autonomen Szene und den mit ihr kooperierenden Parteimitgliedern distanziert hat, muss sich auch die Gesamtpartei den Vorwurf gefallen lassen, ein gestörtes Verhältnis zur Gewalt zu haben.

Will die Linke tatsächlich im demokratischen Spektrum ankommen, muss sie ihr Verhältnis zur Gewalt und somit ihre Bündnispartner überprüfen. Sie kann es sich nicht leisten, auch nur in Teilbereichen ein gebrochenes Verhältnis zur Gewalt zu haben.